



88. Auslandschweizer-Kongress vom 20. bis 22. August 2010

OLMA St. Gallen

Kongressthema:

Die politische Vertretung der Auslandschweizer

Die Frage der politischen Vertretung der Auslandschweizer lässt niemanden gleichgültig. Braucht es eine direkte Vertretung unserer im Ausland lebenden Landsleute im Bundeshaus? Die einen Politiker sind dafür, die anderen sehen darin eine Infragestellung der Fundamente unseres Systems.

Ist die Auslandschweizer-Organisation (ASO) die richtige Institution, um die politischen Interessen der Auslandschweizer in aller Welt zu vertreten und zu wahren? Wie können die Interessen der rund 700'000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer optimal wahrgenommen werden? Welche Rolle kommt dem Auslandschweizerrat zu und wie kann seine Stellung gestärkt werden? Welche Verbindungen braucht es zwischen dem Auslandschweizerrat und den eidgenössischen Räten? Wie ist die Mitsprache der Auslandsbürger in anderen Ländern geregelt? Welcher Rechtsgrundlagen bedarf die Auslandschweizerpolitik? Diese und andere Fragen rund um die politische Partizipation der globalen Schweizergemeinschaft stehen im Zentrum der Diskussionen am diesjährigen Auslandschweizer-Kongress.

Die Debatte rund um die direkte Vertretung der Auslandschweizer im Parlament wurde vor zwei Jahren mit der Einreichung von zwei parlamentarischen Initiativen neu lanciert. Die ASO nutzte die Gelegenheit und etablierte eine Groupe de réflexion aus Persönlichkeiten aus den verschiedensten Bereichen, darunter auch aus der Politik. Im Zuge ihrer Arbeit wurde auch die Frage nach der Legitimität der ASO und ihrer Strukturen debattiert. Am Auslandschweizer-Kongress 2009 stand die Frage im Zentrum, inwiefern die im Ausland lebenden Landsleute eine Bereicherung für die Schweiz darstellten. 2010, anlässlich des 88. Auslandschweizer-Kongresses, werden sich die Teilnehmer darüber Gedanken machen, wie diese Bereicherung am besten genutzt werden kann.

Die Kongressteilnehmer sind eingeladen, ihre Meinungen, Bedürfnisse und Erwartungen einzubringen. Denn letztlich sind es die Auslandschweizer selbst, die sagen müssen, welche politische Vertretung und welche Anerkennung sie von der politischen Behörde ihres Heimatlandes erwarten.
